

Alte Regeln für neue Gentechnik

Urteil. Der EuGH weitet die Definition von genmanipulierten Pflanzen aus, lässt den Staaten aber freie Hand, wie sie damit umgehen. So wird Österreichs Gentechnikfreiheit zur Illusion.

VON MATTHIAS AUER

Wien/Luxemburg. Auf den ersten Blick sieht es aus wie ein gewaltiger Triumph für die Gegner der Gentechnik. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied am Mittwoch überraschend – und gegen die Empfehlung seines Generalanwalts –, dass Pflanzen, deren DNA mittels Mutagenese optimiert wurde, auch unter das strikte EU-Regelwerk für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) fallen. Damit müssen theoretisch auch Saatgut und Nahrungsmittel, die mittels Genome Editing hergestellt wurden, langwierige Zulassungsverfahren durchlaufen und entsprechend gekennzeichnet werden. Umweltschützer und der heimische Handel feiern. Aber sind genmanipulierte Lebensmittel tatsächlich aus Europas Supermärkten verbannt? Die Entscheidung des EuGH lässt einige Schlupflöcher offen. „Die Presse“ hat sich das Urteil genauer angesehen.

1 Was ist die „neue Gentechnik“ und was hat der EuGH entschieden?

Das oberste EU-Gericht musste sich anlässlich einer Klage französischer Landwirtschafts- und Naturschutzorganisationen damit befassen, ob Saatgut, das mittels Genome Editing verändert wurde, rechtlich als GMO einzuordnen sind. Anders als bei der klassischen Gentechnik, schleusen Verfahren wie Crispr/Cas9 kein fremdes Erbgut in die DNA der bearbeiteten Pflanzen ein. Das Endresultat ist von einer vollkommen natürlich gewachsenen Pflanze nicht mehr zu unterscheiden. Viele Wissenschaftler sehen die Methode deshalb auch eher als beschleunigte Züchtung, denn als Genmanipulation. Der EuGH sieht das offenkundig anders. Mutagenese-Verfahren könnten sich als ähnlich riskant erweisen wie das Beifügen von fremdem Erbgut, heißt es in der Urteilsbegründung.



2 Was heißt das? Ist die EU damit gentechnikfrei?

Nein. Erstens umfasst das Urteil lediglich genomeditierte Produkte, die nach dem Jahr 2004 entwickelt wurden. Ältere sind von der Entscheidung nicht betroffen. Zweitens – und noch wichtiger: Das Gericht legt die Zukunft der neuen Gentechnik im Grunde wieder zurück in die Hände der nationalen Regierungen. So ist zwar ein europäisches Zulassungsverfahren für Organismen vorgesehen, die mittels Crispr/Cas9 und Co. geschaffen wurden. Doch sind die Pflanzen grundsätzlich genehmigt (was auch für genmanipulierte Organismen möglich ist), liegt es an den Mitgliedsstaaten, wie sie weiter damit umgehen. Österreich hat Verkauf und Anbau von gentechnisch

veränderten Produkten etwa kategorisch verboten. Das Gesetz hat es im Land der Gentechnikskritiker sogar in den Verfassungsrang geschafft. Deutschland ist in der Frage ähnlich restriktiv. Andere EU-Staaten wie etwa Spanien oder Großbritannien lassen genmanipulierte Lebensmittel hingegen – nach den vorgeschriebenen Prüfungen – zu.

3 Wie verhindert Österreich genomeditierte Pflanzen im Handel?

Kurz gefasst: Vermutlich gar nicht. Offiziell sieht das zuständige Nachhaltigkeitsministerium „derzeit keinen Handlungsbedarf“. Allerdings sei es durchaus problematisch, „dass Gentechnik in anderen Mitgliedsstaaten erlaubt ist und damit keine europaweit einheitli-

chen Regeln gelten“. Das bringt Österreichs Politiker in eine aussichtslose Position: Der EuGH verweist in seinem Urteil extra darauf, dass die EU-Mitgliedsländer mit ihren nationalen Gentechnik-Regeln den freien Warenverkehr im gemeinsamen Binnenmarkt nicht verhindern dürfen. Wien kann also rechtlich gar nicht verhindern, dass etwa genomeditierte Paradeiser aus Spanien in Österreich landen. Während im Supermarkt eine Kennzeichnungspflicht noch durchzusetzen ist, fällt bei Gastrobetrieben oder verarbeiteter Ware auch das weg. Dazu kommt, dass mögliche Betrugsfälle im Grunde nicht aufzuklären sind, weil sich die veränderten Pflanzen nicht von ihren natürlichen Artgenossen unterscheiden lassen.

4 Welche Auswirkungen hat das auf heimische Betriebe und Forscher?

Während die Handelsketten das Urteil feiern, haben etliche Industrien im Land mit gewaltigen Wettbewerbsnachteilen zu rechnen. Allen voran die heimischen Saatgut-Bauern. Während die Konkurrenz Saatgut per Mutagenese in einem knappen Jahr verändern kann, brauchen sie auf „natürlichem“ Wege sieben Mal so lange, um dasselbe Ergebnis zu erzielen. Michael Gohn, Obmann von Saatgut Austria, verurteilt den Entscheid des EuGH als „unwissenschaftlich und in der Sache falsch“. Züchtung in Europa werde damit „zum Museumsstück“. Auch Landwirte sind im Nachteil, müssen sie ja auf resistenteres Saatgut verzichten, das die Mitbewerber im Nachbarland ganz selbstverständlich einsetzen. Neben Teilen der Agrarbranche sieht sich auch die heimische Forscherlandschaft als Opfer der strengen Gentechnikregeln. Die teuren Zulassungsverfahren in der EU lassen Universitäten zurückschrecken. Damit gehört das Feld finanzstarken Agrochemieriesen wie Bayer und Monsanto. (Gef/ing)

Mitten im Streik droht Ryanair mit Jobabbau

Billig-Airline verkleinert im Winter die Flotte.

Dublin/Wien. Europas größte Billig-Airline, die Laudamotion-Konzernmutter Ryanair, reagiert hart auf den Arbeitskampf ihrer Piloten und Flugbegleiter: Mitten im größten Streik ihrer Unternehmensgeschichte hat Ryanair die Reduzierung der Flotte und damit verbundene Stellenstreichungen angekündigt. Im Winter soll die Flotte in Irland um 20 Prozent von 30 auf 24 Flugzeuge verkleinert werden. Das bedrohe 300 Jobs – von 100 Piloten und 200 Flugbegleitern, teilt die Airline am Mittwoch mit.

Schon dreimal haben die 100 irischen Piloten gestreikt, am Mittwoch und Donnerstag sind die Flugbegleiter in Spanien, Portugal und Belgien im Ausstand. 600 Flüge sind gestrichen, 100.000 Passagiere betroffen. Sie konnten großteils umbuchen. Laudamotion bekräftigte, von den Streiks nicht betroffen zu sein.

„Wenn unser Ruf in Bezug auf Verlässlichkeit oder Termine beeinträchtigt wird, dann sind grundlegende und potenzielle Stellenkürzungen wie diese in Dublin eine zutiefst bedauerliche Konsequenz“, sagte der für den Flugbetrieb zuständige Ryanair-Vorstand Peter Bellew. Ryanair-Boss Michael O’Leary legte nach: „Wir sind nicht bereit, unangemessenen Forderungen nachzugeben, die entweder unsere niedrigen Tarife oder unser hocheffizientes Modell gefährden werden.“

Den Piloten und Flugbegleitern, mit denen nun verhandelt wurde, bietet man Jobs in Polen an. Dorthin würden Maschinen im Winter transferiert. Seit Monaten gärt es bei Ryanair. Die Bord-Mitarbeiter werfen der Airline vor, deutliche schlechter bezahlt zu sein als Mitarbeiter anderer Billig-airlines und generell schlechtere Arbeitsbedingungen zu haben. Die Airline bestreitet das vehement. (cid)

Im Vergleich mit dem neuen Kollektivvertrag für Busfahrer ist der 12-Stunden-Tag der Regierung sozialromantisch.

Mit dem Autobus zur 50-Stunden-Woche

SUBTEXT

VON GERHARD HOFER

Robert Wurm ist als temperamentvoller Gewerkschafter bekannt und wird schnell zum Kugelblitz, wenn ihm etwas gegen den Strich geht. Nun schlägt der Zentralbetriebsratschef des ÖBB-Postbus Funken wie schon lange nicht. Schuld daran ist nicht die Regierung oder der Arbeitgeber. Ausgerechnet die Kollegen der Verkehrsgewerkschaft Vida bringen ihn zur Weißglut. Die haben am Mittwoch einen Kollektivvertrag für 8000 Buslenker in Österreich ausverhandelt. Der sieht vor, dass die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 50 Stunden erhöht wird. In einer Zeit, da Gewerkschafter massiv gegen den von der Regierung beschlossenen

Zwölf-Stunden-Tag protestieren, setzen die Vida-Gewerkschafter einen drauf. „Verkauft und verraten“ habe man die Lenker, wettert Wurm. „Unterm Strich bekommt jeder zweite Buschauffeur pro Monat um 70 Euro netto weniger, weil die Überstundenzuschläge wegfallen“, sagt er.

Was ist da geschehen? Bei der Gewerkschaft Vida hingegen spricht man von einem guten Abschluss. Zwar gibt es nun die Möglichkeit einer 50-Stunden-Woche, aber das Gesamtpaket sei positiv. Die Busfahrer würden nun um 1,30 Euro pro Stunde mehr verdienen, und beim 13. und 14. Monatsgehalt würden sogar unter Strich 500 Euro mehr rauskommen.

Der neue Tarif gilt aber nur für 1900 der insgesamt 3900 ÖBB-Postbuslenker. Ein Gutteil der Busfahrer sind noch Beamte, also Postler oder

Nicht nur zwischen Busunternehmen, sondern auch unter Buslenkern herrscht enormer Wettbewerb.

Eisenbahner. Sie haben zwar ein anderes Gehaltsschema, profitierten in der Vergangenheit aber immer von den Zulagenerhöhungen ihrer privatwirtschaftlichen Kollegen. Die Zulage wurde auf alle umgemünzt. Diesmal nicht, weil statt höherer Zulagen andere Vergütungen ausverhandelt wurden. Wurm muss also erstmals seinen beamteten Chauffeuren verlickern, dass sie durch die Finger schauen.

Der neue Kollektivvertrag ist auch dem wachsenden Wettbewerb in der Branche geschuldet. Immer öfter kommt es vor, dass kleine private Anbieter bei Ausschreibungen die Nase vorn haben. „Die betreiben Preisdumping und zahlen oft keine Zulagen“, ärgert sich Wurm – und gerät gleich wieder in Rage.

• Mads an: gerhard.hofer@diepresse.com

Deutschland schaltet einen Gang zurück

Ifo-Index fällt zum siebenten Mal in acht Monaten.

Berlin. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Juli erneut eingetrübt. Der Ifo-Geschäftsklima-Index fiel zum Vormonat um 0,1 auf 101,7 Punkte, gab das Münchner Ifo-Institut zur Umfrage unter 9000 Managern bekannt. Dies ist der siebte Rückgang in acht Monaten. „Die deutsche Wirtschaft setzt ihre Expansion in verlangsamter Gangart fort“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest.

Die Führungskräfte beurteilten ihre Geschäftslage besser als zuletzt, ihre Aussichten für die kommenden sechs Monate allerdings schlechter. Als Risiko gilt der Handelsstreit mit den USA. (Reuters)

"diepresse.com" gefunden am 25.07.2018 19:27 Uhr

Mit dem Autobus zur 50-Stunden-Woche

Subtext Im Vergleich mit dem neuen Kollektivvertrag für Busfahrer ist der 12-Stunden-Tag der Regierung sozialromantisch.

Robert Wurm ist als temperamentvoller Gewerkschaftler bekannt und wird schnell zum Kugelblitz, wenn ihm etwas gegen den Strich geht. Nun schlägt der Zentralbetriebsratschef des ÖBB-Postbus Funken wie schon lange nicht. Schuld daran ist nicht die Regierung oder der Arbeitgeber. Ausgerechnet die Kollegen der Verkehrsgewerkschaft Vida bringen ihn zur Weißglut. Die haben am Mittwoch einen Kollektivvertrag für 8000 Buslenker in Österreich ausverhandelt. Der sieht vor, dass die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 50 Stunden erhöht wird. In einer Zeit, da Gewerkschaftler massiv gegen den von der Regierung beschlossenen Zwölf-Stunden-Tag protestieren, setzen die Vida-Gewerkschafter einen drauf. „Verkauft und verraten“ habe man die Lenker, wettet Wurm. „Unterm Strich bekommt jeder zweite Buschauffeur pro Monat um 70 Euro netto weniger, weil die Überstundenzuschläge wegfallen“, sagt er.

Was ist da geschehen? Bei der Gewerkschaft Vida hingegen spricht man von einem guten Abschluss. Zwar gibt es nun die Möglichkeit einer 50-Stunden-Woche, aber das Gesamtpaket sei positiv. Die Busfahrer würden nun um 1,30 Euro pro Stunde mehr verdienen, und beim 13. und 14. Monatsgehalt würden sogar unterm Strich 500 Euro mehr rauskommen.

Der neue Tarif gilt aber nur für 1900 der insgesamt 3900 ÖBB-Postbuslenker. Ein Gutteil der Busfahrer sind noch Beamte, also Postler oder Eisenbahner. Sie haben zwar ein anderes Gehaltsschema, profitierten in der Vergangenheit aber immer von den Zulagenerhöhungen ihrer privatwirtschaftlichen Kollegen. Die Zulage wurde auf alle umgemünzt. Diesmal nicht, weil statt höherer Zulagen andere Vergütungen ausverhandelt wurden. Wurm muss also erstmals seinen beamteten Chauffeuren verklickern, dass sie durch die Finger schauen.

Der neue Kollektivvertrag ist auch dem wachsenden Wettbewerb in der Branche geschuldet. Immer öfter kommt es vor, dass kleine private Anbieter bei Ausschreibungen die Nase vorn haben. „Die betreiben Preisdumping und zahlen oft keine Zulagen“, ärgert sich Wurm – und gerät gleich wieder in Rage.

E-Mails an: gerhard.hofer@diepresse.com

("Die Presse", Print-Ausgabe, 26.07.2018)

i Archivlink	zum Webseiten-Archiv
Typ	News Site
Weblink	https://diepresse.com/home/meinung/marginalien/5470107/Mit-dem-Autobus-zur-50StundenWoche
Page Impressions	43.121.721
Unique Clients	2.832.938
Unique Users	5.190.000

**EU-Generalanwalt dagegen
Keine 6. Woche
Urlaub für alle**



Die AK Wien hatte sich für eine sechste Urlaubswoche für Arbeitnehmer, die 25 Jahre Beschäftigung in EU-Ländern aufweisen können, ausgesprochen. Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs bestätigte nun die geltende Regelung in Österreich **7**

**Gewerkschaftsstreit um neuen KV
50-Stunden-Woche
für Postbus-Lenker?**



Der neue Kollektivvertrag für nicht beamtete Buslenker erzürnt die Postbus-Gewerkschaft. Sie sieht sich durch die Verkehrsgewerkschaft vda „verraten“ und kritisiert die auf 50 Stunden erhöhte Wochenarbeitszeit. Laut vda bleibt der Durchrechnungszeitraum bei 40 Stunden **7**

Fotos: iStock, Postbus



Zentrale der AUVA in Wien-Brigittenau

Foto: Denise Auer

Neos kritisieren Sonderprivilegien der Kasse
**AUVA zahlt 18 Senioren
fast 7.000 Euro Pension**

299 AUVA-Pensionisten erhalten aktuell Zahlungen, die über der ASVG-Höchstpension (3.402 € brutto) liegen. Bei 18 von ihnen ist es mehr als die doppelte ASVG-Höchstpension – knapp 7.000 Euro im Monat.

Allein fürs Jahr 2017 hatte die AUVA einen Aufwand von 54,9 Mio. € für Pensionen. Das Reinvermögen der Versicherung beträgt aktuell 1,1 Milliarden €.

Neos-Mandatar Gerald Locker kritisiert: „Diese Privilegi-

en auf Kosten der Versicherten und ihrer Versorgung zeigen, dass wir bei der Verwaltung dringend abspecken müssen.“

Die AUVA sieht das anders. Bei den Pensionszahlungen hätten die früheren Bediensteten einen gesetzlich geregelten Anspruch. Das Reinvermögen beinhalte auch die Immobilien, insbesondere Unfallspitäler und Reha-Zentren. Überschüsse lege man etwa für Bauvorhaben zurück **7** (uha, bob)

**Generalstabschef: Massenmigration
„größte gegenwärtige Bedrohung“**

Bereits am Tag nach seinem Amtsantritt lässt der neue Generalstabschef Brieger aufhorchen: Die Massenmigration sei die „größte gegenwärtige Bedrohung“ für Österreichs Sicherheit, sagt er im „Heute“-Interview. Damit ist er klar auf Linie der Regierung.

Beim Budget erwartet Österreichs oberster Soldat, dass die Regierung wie angekündigt den Investitionsstau der vergangenen Jahre abbaut. Als

Budgetziel nannte Brieger 1 % des Bruttoinlandsprodukts. Das wären statt 2,2 Mrd. Euro heuer 3,88 Mrd. „Auch wenn wir uns den drei Milliarden annähern, wäre das ein großer Fortschritt.“

Unter Brieger will sich das Heer wieder auf die militärische Landesverteidigung („wichtigste Kernaufgabe“) konzentrieren. „Denn auch in Mitteleuropa sind mittel- bis langfristig bewaffnete Konflikte möglich.“ **7** M. Klein



Generalstabschef Robert Brieger

Foto: Denise Auer

PFERDEMINISTERIUM
Herbert Kickl

Ministerium für Freunderlwirtschaft
Österreichischer wirds nicht

Ministerium für Leiwandness
Für leiwand, gegen oasch!

Spott herrscht im Netz über die 70.000 Euro teuren einheitlichen Ministerien-Logos. So finden sich das „Pferdeministerium“ für Innenminister Kickl, das „Ministerium für Innernein (Darm, Herz und Leber)“ oder das „Bastikanzleramt (für religiöse Verehrung)“ ebenso wie das „Ministerium für Leiwandness“. Motto dort: „Für leiwand, gegen oasch!“ (s. l.) **7**

POLITIK BACKSTAGE

Gudenus: Wandern in Lederner und Kleidchen

Fotos: Instagram (2), Lesereporter Christoph G.



FP-Klubchef **Johann Gudenus** macht mit Ehefrau **Tajana** und Töchterchen **Anastasia** Urlaub in Kärnten. Dieses Foto entstand in Mühlendorf. Bürgermeister dort: FP-Nationalrat **Erwin Angerer** **7**

Auch Heeresminister ist Hundefreund

Wie sein Parteichef, hat auch **Mario Kuna-sek** (FP) einen Bürohund. „Fins“ Ohren sind so lang, dass sie beim Fressen zurückgebunden werden, damit sie nicht in die Schüssel eintauchen **7**



Deutsches Satiremagazin: Kurz als „Reichskanzler“

„Endlich! Wieder ein Ösi als Reichskanzler!“, titelte der „Eulenspiegel“ über Kanzler **Sebastian Kurz**. Das ebenfalls deutsche Satireblatt „Titanic“ hatte ihn bereits 2017 als „Baby-Hitler“ bezeichnet **7**



Leitartikel

US-Egoismus nicht nur aburteilen

Man mag Trumps Wirtschaftspolitik unausgegoren nennen, sich moralisch zu entrüsten, ist verlogen.

Es ist gewissermaßen Kapitel eins, Absatz eins seines gesamten politischen Programms: „Amerika zuerst“.

Verbirgt sich hinter Angela Merksels Beschwörungen eines geeinten Europa nicht primär das Interesse eines Exportgiganten, dem die Schwäche des Euro und die Schulden der Südländer die Staatskasse gut gefüllt haben?

email an: konrad.kramar@kurier.at auf Twitter folgen: @konradkramar

WEITERE MELDUNGEN

ÜBERBLICK

Norbert Hofer als AK-Testimonial

Arbeitszeit-Probleme. Die Arbeiterkammer macht in den sozialen Medien Infrastrukturminister Norbert Hofer zu ihrem neuen Werbemaskottchen.

ÖVP kritisiert roten Mietsenkungs-Plan

Wohnen. ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer hat die SPÖ der „gezielten Falschinformation“ bezichtigt, nachdem diese die türkis-blaue Wohnungspolitik heftig kritisiert hatte.

„Bei Lohnverhandlung reinbringen, was uns weggenommen wurde“

VON MICHAEL BACHNER

12-Stunden-Tag. SPÖ und ÖGB rüsten für heißen Herbst. Fahrplan für Aktionen ab 1. September steht.

Der 12-Stunden-Tag, die Angriffe auf Krankenkassen und AUVA oder die Kürzung der Mindestsicherung und die Abschaffung der Notstandshilfe: SPÖ und Gewerkschaft wollen Regierung und Arbeitgeber einen heißen Herbst beschreiben.

Das ist aus SPÖ- und Gewerkschaftssicht das weitestgriffigste Thema. Nicht zuletzt deshalb, weil auch innerhalb von ÖVP und FPÖ der Ärger über den 12-Stunden-Tag erheblich ist.

- 1. September Nach weiteren Betriebsversammlungen im August bilden Aktionen von SPÖ und ÖGB am 1. Septemberszusagenden Auftakt für den bereits programmierten Schlagabtausch im Herbst.

An diesem Tag tritt das umstrittene neue Arbeitszeitgesetz (12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche) in Kraft. Welche Aktionen das sein werden, wird intern noch diskutiert.

- 17. September Rund zwei Wochen später trommelt der Gewerkschaftsbund in Wien alle Kollektivvertragsverhandler zu einer großen Konferenz zusammen. Die weitere Vorgangsweise bis hin zu Streiks soll besprochen und beschlossen werden.

- 18. September Die Metaller starten als erste Branche in die Lohnverhandlungen. Der Abschluss in der Metallindustrie gilt als richtungweisend für andere Branchen. Auch kennen und leben



Kern, Schieder, Muchitsch & Co.: Kampf gegen 60-Stunden-Woche und 12-Stunden-Tag wird intensiviert

die Metaller die Arbeitszeitflexibilisierung zum beiderseitigen Vorteil für Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit Jahren. Sie gehen daher in der roten Reichshälfen als vorbildhaft in Sachen gelebter Sozialpartnerschaft.

- 6./7. Oktober Am ersten Oktober-Wochenende findet zudem der SPÖ-Bundespartei-tag statt. Auch dort wird die rote Kern-Forderung nach größeren zusammenhängenden Freizeitblöcken als Ausgleich zur längeren Tageshöchst-arbeitszeit breit thematisiert werden.

Bis dahin will die SPÖ außerdem eine österreichweite Aufklärungskampagne zum 12-Stunden-Tag fahren sowie einen Betroffenen-Hotline einrichten.

Bei all diesen Anlässen sollen vor allem auch die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, oder wie es SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch formuliert: „Was man den Arbeitnehmern bereits weggenommen hat, versuchen wir bei den Kollektivvertragsverhandlungen wieder reinzubringen.“ Auch ein Volksbegehren ist noch nicht ganz vom Tisch, SPÖ und ÖGB wollen aber nicht als Initiatoren vorpreschen. Sie hoffen, dass sich eine parteiunabhängige Organisation findet, die man unterstützen kann.

„Verraten und verkauft“

Ganz andere Sorgen hat der streitbare Postbus-Betriebsratschef Robert Wurm. Die

Wirtschaftskammer und die zuständige Verkehrsgewerkschaft vada hätten für Buslenker einen neuen Kollektivvertrag unterschrieben, der die Arbeitszeit pro Tag von acht auf zehn Stunden und pro Woche von 40 auf 50 Stunden erhöht. Dadurch, so Wurm, würden künftig nicht mehr ab der 9. Arbeitsstunde, sondern erst ab der 11. Arbeitsstunde Überundenzuschläge bezahlt. Wurm: „Wir wurden verraten und verkauft“.

Die vada weist das scharf zurück. Man habe ein Gesamtpaket geschnürt, es bleibe über den Durchrechnungszeitraum bei 40 Stunden pro Woche. Die Lohnerhöhung betrage außerdem rund elf Prozent.

Sechste Urlaubs-Woche nicht für alle

Dämpfer für ÖGB. EuGH-Generalanwalt bestätigt aktuelle Rechtslage

Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hat die Urlaubsregelung bestätigt, wonach Arbeitnehmer nur dann Anspruch auf sechs Wochen Urlaub haben, wenn sie 25 Dienstjahre beim selben Unternehmen gearbeitet haben.

Für die Gewerkschaftsbewegung ist die Entscheidung ein Dämpfer. Der EuGH wird zwar erst in zwei, drei Monaten endgültig entscheiden. In der Regel folgt er aber den Empfehlungen des Generalanwaltes. Und damit gibt es wohl auch künftig keinen ge-



Jurist Marhold: Urlaubsanspruch in Österreich bereits großzügig

nerellen Rechtsanspruch auf eine 6. Urlaubswoche.

Im Kern ging es bei dem Rechtsstreit darum, dass ausländische Arbeitnehmer es deutlich schwerer haben, 25 Jahre beim selben Arbeitgeber beschäftigt zu sein, als österreichische.

Konkret hat der Betriebsrat des Eurothermen-Resorts Bad Schallerbach gegen die Regelung geklagt. Er for-

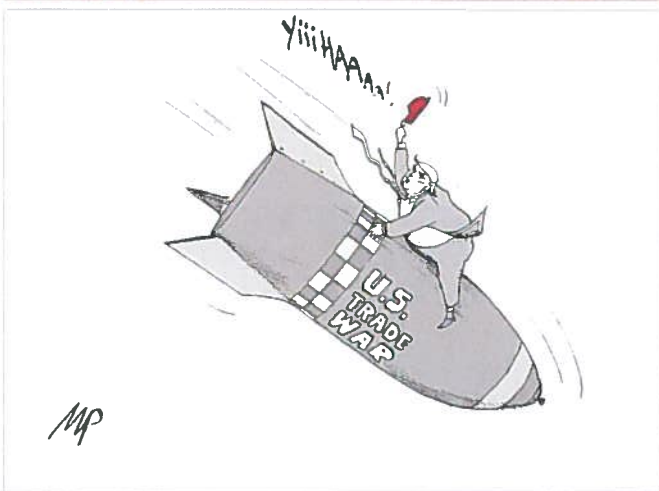
derte, dass alle Arbeitnehmer, die unter Zusammenrechnung der Vordienstzeiten aus anderen EU-Staaten 25 Jahre gearbeitet haben, eine 6. Urlaubswoche bekommen.

„In seiner Argumentation hat der Generalanwalt durchklingen lassen, dass die österreichische Regelung für die sechste Urlaubswoche vergleichsweise großzügig ist“, sagt Arbeitsrechtsexperte Franz Marhold, der die Arbeitgeberseite vertritt.

Vereinfacht gesagt: Wenn das EU-Recht vier Wochen Urlaub als Minimum vorgibt und Österreich schon fünf Wochen vorzieht, kann bei einer 6. Urlaubswoche schwerlich von einer Benachteiligung gesprochen werden.

- CHRISTIAN BÖHMER

PAMMESBERGER



Bombe

KURIER.at/pammesberger

"kurier.at" gefunden am 26.07.2018 06:21 Uhr

12-Stunden-Tag: SPÖ und ÖGB rüsten für heißen Herbst

„Bei Lohnverhandlung reinbringen, was uns weggenommen wurde“: Der Fahrplan für Aktionen ab 1. September steht.

Der 12-Stunden-Tag, die Angriffe auf Krankenkassen und AUVA oder die Kürzung der Mindestsicherung und die Abschaffung der Notstandshilfe:

SPÖ und Gewerkschaft wollen Regierung und Arbeitgebern einen heißen Herbst bescheren. Auch wenn es bereits eine lange Reihe an Streitthemen gibt, lautet der Hauptkonflikt zwischen Türkis-Blau und Rot: Arbeitszeitverlängerung versus Arbeitszeitverkürzung.

Das ist aus SPÖ- und Gewerkschaftssicht das weitaus griffigste Thema. Nicht zuletzt deshalb, weil auch innerhalb von ÖVP und FPÖ der Ärger über den 12-Stunden-Tag erheblich ist.

1. September Nach weiteren Betriebsversammlungen im August bilden Aktionen von SPÖ und ÖGB am 1. September sozusagen den Auftakt für den bereits programmierten Schlagabtausch im Herbst.

An diesem Tag tritt das umstrittene neue Arbeitszeitgesetz (12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche) in Kraft. Welche Aktionen das sein werden, wird intern noch diskutiert. Sie sollen aber sicht- und spürbar werden, wie Spitzengewerkschafter nicht müde werden, zu betonen.

17. September Rund zwei Wochen später trommelt der Gewerkschaftsbund in

Wien alle Kollektivvertragsverhandler zu einer großen Konferenz zusammen. Die weitere Vorgangsweise bis hin zu Streiks soll besprochen und beschlossen werden.

18. September Die Metaller starten als erste Branche in die Lohnverhandlungen. Der Abschluss in der Metallindustrie gilt als richtungweisend für andere Branchen. Auch kennen und leben die Metaller die Arbeitszeitflexibilisierung zum beiderseitigen Vorteil für Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit Jahren. Sie gelten daher in der roten Reichshälfte als vorbildhaft in Sachen gelebter Sozialpartnerschaft.

6./7. Oktober Am ersten Oktober-Wochenende findet zudem der SPÖ-Bundesparteitag statt. Auch dort wird die rote Kern-Forderung nach größeren zusammenhängenden Freizeitblöcken als Ausgleich zur längeren Tageshöchst Arbeitszeit breit thematisiert werden. Bis dahin will die SPÖ außerdem eine österreichweite Aufklärungskampagne zum 12-Stunden-Tag fahren sowie einen Betroffenen-Hotline einrichten.

Bei all diesen Anlässen sollen vor allem auch die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, oder wie es SPÖ-Sozialsprecher

Josef Muchitsch formuliert: „Was man den Arbeitnehmern bereits weggenommen hat, versuchen wir bei den Kollektivvertragsverhandlungen wieder reinzubringen.“ Auch ein Volksbegehren ist noch nicht ganz vom Tisch, SPÖ und ÖGB wollen aber nicht als Initiatoren vorpreschen. Sie hoffen, dass sich eine parteiunabhängige Organisation findet, die man unterstützen kann.

„Verraten und verkauft“

Ganz andere Sorgen hat der streitbare Postbus-Betriebsratschef Robert Wurm. Die Wirtschaftskammer und die zuständige Verkehrsgewerkschaft vda hätten für Buslenker einen neuen Kollektivvertrag unterschrieben, der die Arbeitszeit pro Tag von acht auf zehn Stunden und pro Woche von 40 auf 50 Stunden erhöht. Dadurch, so Wurm, würden künftig nicht mehr ab der 9. Arbeitsstunde, sondern erst ab der 11. Arbeitsstunde Überstundenzuschläge bezahlt. Wurm: „Wir wurden verraten und verkauft“.